

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Europa**

#### **zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/6450**

#### **Gesetz zum Neuerlass des Gesetzes über die Anerkennung von Kurorten und Erholungsorten und zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes**

##### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/6450 – zuzustimmen.

10. 07. 2019

Der Berichterstatter:

Peter Hofelich

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

##### Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales behandelt den Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz zum Neuerlass des Gesetzes über die Anerkennung von Kurorten und Erholungsorten und zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes –, Drucksache 16/6450, in seiner 29. Sitzung am 10. Juli 2019 in öffentlicher Sitzung. Die Namen der Redner werden im nachfolgenden Bericht daher nicht anonymisiert.

Vorsitzender Willi Stächele verweist auf die Ausführungen, die in der 96. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg heute im Rahmen der Ersten Beratung gemacht worden seien.

Eine Vertreterin des Ministeriums der Justiz und für Europa knüpft im Namen von Minister Wolf, der jetzt noch nicht da sein könne, an die von Herrn Abg. Dr. Schweickert in der Plenardebatte gestellte Frage an, ob es möglich sei, Ortseingangsbeschilderungen der Heilbäder und Kurorte um das staatlich anerkannte Prädikat zu ergänzen, und erklärt, die bisherige Verwaltungspraxis sehe diese Möglichkeit nicht vor. Doch sei das Innenministerium jetzt bereit, dies den Gemeinden, die das wünschten, durch eine Änderung der Verwaltungspraxis zu ermöglichen.

Über den Heilbäderverband sei eine Umfrage in den Gemeinden durchgeführt worden, bei der aus 38 Gemeinden Rückmeldungen eingegangen seien. Wenn die Anträge dieser Gemeinden vorlägen, solle diesen Anträgen im Kabinett in einem Sammelbeschluss stattgegeben werden. Dabei hänge der Zeithorizont nicht vom Ministerium, sondern von den Gemeinden ab, in denen die zu beteiligenden Gremien teilweise erst wieder im Oktober tagten. Sobald die Anträge vorlägen, werde sofort gehandelt.

Vorsitzender Willi Stächele erinnert an die Beratung der Anträge Drucksachen 16/3978 (Geänderte Fassung) und 16/4586 in der 21. Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales, in der von ihm mündlich formulierte Antrag, dass die Landesregierung ersucht werden solle, bis Ende des Jahres die Grundlagen für eine Ergänzung der Ortseingangsschilder um die Bezeichnungen „staatlich anerkanntes Heilbad“ und „staatlich anerkannter Kurort“ zu schaffen, beschlossen worden sei. Das sei bereits letztes Jahr gewesen.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE ermuntert Frau Abg. Wölfle, die kritischen Punkte, die sie sich in der heutigen Plenardebatte für die Zweite Beratung bzw. für die Aussprache im Ausschuss vorbehalten habe, jetzt vorzubringen.

Überdies bittet er um Auskunft, wie die Beschilderung künftig konkret aussehen könnte bzw. welche Bezeichnungen auf den Ortseingangsschildern ergänzt werden dürften.

Die Vertreterin des Ministeriums der Justiz und für Europa erläutert, wie das genau aussehen werde, könne sie jetzt nicht sagen, weil das Innenministerium dafür zuständig sei. Ihres Erachtens sei das aber so vorzustellen, dass dann ähnlich wie bei der Bezeichnung „Universitätsstadt“ die Bezeichnungen „Kurort“ oder „Soleheilbad“ oder was auch immer – je nachdem, welcher Antrag gestellt werde – ergänzt würden.

Auf Nachfrage von Herrn Abg. Pix stellt sie klar, Fantasiebezeichnungen seien nicht vorgesehen. Die Bezeichnungen sollten auf bestehenden Anerkennungen basieren.

Abg. Sabine Wölfle SPD kündigt an, ihre kritischen Punkte in der Zweiten Beratung vorzubringen.

Abg. Joachim Köbler CDU bemerkt, der vorliegende Gesetzentwurf zu den Kurorten sei zu begrüßen, da er Transparenz herstelle.

Er will wissen, ob es bereits eine genaue Definition hinsichtlich der Beschilderung gebe.

Die Vertreterin des Ministeriums der Justiz und für Europa erklärt, die Anfragen liefen über das Innenministerium. Ihr sei nicht im Detail bekannt, wie die Anträge aussähen. Wenn die Anträge vorlägen, lasse sich dazu aber mehr sagen.

Abg. Joachim Köbler CDU wirft ein, er könnte auch das Innenministerium nach den dortigen Vorstellungen fragen.

Die Vertreterin des Ministeriums der Justiz und für Europa fährt fort, das staatliche Prädikat werde auf den Ortseingangsbeschilderungen im Namen ergänzt oder unter den Ortsnamen gestellt.

Abg. Sabine Wölfle SPD weist darauf hin, in anderen Bundesländern gebe es bereits Beispiele, die auch gegoogelt werden könnten. So gebe es die Zusätze „staatlich anerkannter heilklimatischer Kurort“ oder nur „Kurort“ oder „Hansestadt Lübeck – Kurort und Seebad“. Sie nehme an, dass sich Baden-Württemberg danach richte, wie das Ganze in anderen Bundesländern auch gehandhabt werde.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP bringt vor, in der 21. Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales sei, wie auch dem Protokoll entnommen werden könne, deutlich formuliert gewesen, dass die Grundlagen für eine Ergänzung der Ortseingangsschilder bis Ende 2018 geschaffen werden sollten. Daher wäre es jetzt

durchaus an der Zeit, etwas auf die Beine zu stellen – zur Not im Omnibusverfahren oder als Verordnung.

Die Vertreterin des Ministeriums der Justiz und für Europa gibt zu bedenken, vonseiten der Regierung sei die Bereitschaft durchaus vorhanden. Doch müssten die entsprechenden Kommunen erst einmal die Anträge stellen. Die Anträge lägen zum Teil noch nicht vor, weil diese durch die kommunalen Gremien – Gemeinderat usw. – gehen müssten. Vor Oktober lägen wohl gar nicht alle Anträge vor. Da hier ein Sammelbeschluss herbeigeführt werden solle, müsse zunächst einmal abgewartet werden. Es liege also nicht an der Regierung, wenn das Ganze etwas Zeit brauche.

Vorsitzender Willi Stächele hält fest, das Plazet der Regierung liege vor – möglicherweise schon seit dem 1. Januar 2019. Es werde regierungsfreundlich angenommen, dass die Regierung pflichtgemäß geliefert habe und jeder Verzug jetzt von den Kommunen verursacht sein könnte.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, dem Gesetzentwurf Drucksache 16/6450 zuzustimmen.

12. 07. 2019

Hofelich